

Medienmitteilung

Bern, 10. Juni 2020

Corona – Nach der Krise ist vor der Krise! Die Sicht der Sozialen Arbeit

AvenirSocial, der Berufsverband der Sozialen Arbeit Schweiz, fordert nach der Beendigung der ausserordentlichen Lage konkrete politische Antworten auf gesellschaftliche Herausforderungen. Denn die Krise hat Ungleichheiten und Lücken im Netz der Sozialen Sicherheit in der Schweiz offengelegt. Diese waren zwar bereits vor der Corona-Pandemie bekannt, es fehlte aber an der Bereitschaft und dem politischen Willen, eine Lösung dafür zu finden. Umso erfreulicher waren die Initiativen und Engagements, die während der Zeit der tiefgreifenden Massnahmen unterstützt wurden oder entstanden sind. Trotzdem bleibt die Frage, wie mit diesen Herausforderungen in Zukunft umgegangen wird.

Systemlücken

Im internationalen Vergleich hat sich gezeigt, dass ein gut ausgebauter Sozialstaat besser vor den Auswirkungen einer Pandemie schützen kann. Gleichzeitig wurden die Lücken des Systems offenkundig: Was passiert mit den Menschen ausserhalb der staatlichen Auffangnetze, wie Menschen ohne Aufenthaltsbewilligung oder Sans-Papiers, die zuvor in der Schattenwirtschaft beschäftigt wurden? Ihre Situation hat sich während der ausserordentlichen Lage weiter verschlechtert. Zwar haben die Hilfspakete des Bundes vielen Menschen geholfen. Die grosse Herausforderung wird aber sein, wie mit dem erwarteten Anstieg der Arbeitslosenzahlen und der Zunahme der Menschen, die auf die Sozialhilfe angewiesen sind, umgegangen wird.

Rückblickend muss festgehalten werden, dass zwar kurzfristig auf gewisse Missstände reagiert wurde, allerdings keine der [von AvenirSocial geforderten Massnahmen](#) zur längerfristigen Absicherung getroffen wurden. Im Zuge der aktuellen Lockerungen kommen wir nicht darum herum, uns damit auseinanderzusetzen, welche Veränderungen es braucht, um die Gesellschaft in Zukunft besser vor solchen Situationen zu schützen.

AvenirSocial fordert, nebst Regularisierungsprogrammen für Sans-Papiers, griffige Massnahmen bei den Sozialversicherungen, um zu verhindern, dass Selbstständige, Arbeitslose und Ausgesteuerte auf die Sozialhilfe angewiesen sind.

Armut

Die einschränkenden Massnahmen der Corona-Pandemie werden laufend abgebaut. Trotzdem werden die Konsequenzen noch länger spürbar bleiben. So rechnete etwa die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe SKOS in ihrem Analysepapier in unterschiedlichen Szenarien vor, wie sich die Zahlen der Sozialhilfebeziehenden in den kommenden zwei Jahren entwickeln könnten. Dabei wird je nach Szenario von 53'000 bis 100'000 zusätzlichen Sozialhilfebezüger*innen ausgegangen. Die ausschlaggebenden Faktoren sind die steigende Anzahl der Ausgesteuerten und erwerbslosen Selbständigen, sowie die sinkende Zahl der Personen, die sich von der Sozialhilfe lösen können. Zusätzlich wird die finanzielle Verantwortung der Menschen, die zwischen 2014 und 2016 in der Schweiz um Asyl gesucht haben, in den Jahren 2020 bis 2022 den Kantonen und Gemeinden übertragen. Dabei zeigt sich deutlicher denn je, dass die Sozialhilfe zunehmend von ihrer ursprünglichen Funktion abweicht, nämlich der kurzfristigen finanziellen Überbrückung für Menschen in Notlagen.

AvenirSocial fordert eine nationale Harmonisierung der Sozialhilfe unter der Voraussetzung eines existenzsichernden Leistungsanspruchs. Zudem sollen durch die Kantone die notwendigen Ressourcen für den erwarteten Anstieg von Sozialhilfebeziehenden bereitgestellt werden.

Gleichstellung der Geschlechter

Care-Arbeit bezeichnet Tätigkeiten des Sich-Kümmerns. Ihre Bedeutung wird aber weder entsprechend anerkannt, noch wird sie angemessen entlohnt. Zudem wird Care-Arbeit meistens von Frauen übernommen. Dies war auch während der Corona-Pandemie nicht anders: 86% Pflegepersonals in den Spitälern, 92% der Angestellten in der Kinderbetreuung, zwei Drittel der Beschäftigten im Einzelhandel und in der Apotheke, 63% der Beschäftigten in der Reinigungsindustrie und 80% in der Sozialen Arbeit sind Frauen. Auch mehr als 60% der unbezahlten Kinderbetreuung und Hausarbeit in den Haushalten wird von Frauen übernommen. Alles Arbeitszweige, die während der Pandemie aufrechterhalten wurden. Diese Zahlen sind keinesfalls neu. Unmittelbar vor dem 14. Juni 2020 erinnern uns die feministischen Streikkollektive daran, dass ihre Forderungen nach der Stärkung der öffentlichen Dienste, der Aufwertung und der Aufteilung der Betreuungsarbeit trotz des historischen Frauen*streiks im Juni 2019 noch nicht gehört worden sind. Deshalb machen wir an dieser Stelle auf das [Programm des 14. Juni](#) aufmerksam.

*AvenirSocial fordert die Umsetzung der Forderungen des Frauen*streiks und die seit 1981 in der Verfassung festgehaltene Gleichstellung von Frau* und Mann*.*

Medienkontakt:

- Stéphane Beuchat, Co-Geschäftsleiter, 079 778 34 12
- Flavio Steiger, Co-Geschäftsleiter Stellvertretung, 079 793 66 47